



Spielraum: Wohin geht Venezuela?

Sieben Thesen

Die nachstehenden Thesen wurden im Hinblick auf die Denknetz-Tagung zu Venezuela vom 24. November 2007 verfasst. Obwohl sie die neuesten Entwicklungen nicht widerspiegeln, publizieren wir sie im ursprünglichen Wortlaut. Sie erfüllen immer noch ihren Zweck, eine möglichst knappe Einschätzung des venezolanischen Proceso anzubieten. Für eine Einschätzung der Ereignisse seit dem Herbst 2007 verweisen wir auf den Artikel von Dario Azzellini in diesem Jahrbuch.

1.

Die Regierung und die sozialen Bewegungen Venezuelas haben den Mut, sich mit den neoliberalen und neoimperialen Kräften innerhalb und ausserhalb des Landes zu konfrontieren, um ihre sozialen und politischen Ziele verfolgen zu können. Sie haben einen Prozess (Proceso) in Gang gesetzt, der in vielerlei Hinsicht über den Kapitalismus hinausweist. Dieser Proceso findet einen bedeutsamen Spielraum vor, der es ermöglicht, neue Wege zu gehen. Die Existenz eines solchen Spielraumes ist eine historisch neue Erfahrung. Die sozialen Revolutionen des 20. Jahrhunderts ereigneten sich in Ländern, die von extremer Armut und von den Folgen zermürender Kriege gezeichnet waren. Diese Länder wurden von den kapitalistischen Weltmächten ökonomisch und militärisch einem enormen Druck ausgesetzt. In Venezuela wird nun zum ersten Mal ersichtlich, wie sich eine revolutionäre Transformation unter besseren materiellen Bedingungen entwickeln kann.

2.

Den Spielraum verdankt Venezuela vier Faktoren:

- ◆ Sozialer Spielraum: Breite Schichten der venezolanischen Bevölkerung identifizieren sich mit der Regierung Chávez. Sie beteiligen sich aktiv an den Veränderungsprozessen und sind bereit, diese ihre Regierung gegen Sabotage und Gewalt zu verteidigen.
- ◆ Ökonomischer Spielraum: Die Erdölförderung bringt dem venezolanischen Staat jährliche Einkünfte von 20 bis 30 Milliarden Dollar. Diese Einnahmen ermöglichen es, den armen Bevölkerungsteilen neue materielle und soziale Lebensperspektiven zu eröffnen.
- ◆ Antirepressiver Spielraum: Die Armee Venezuelas – auch das Offizierskorps – setzt sich zu einem guten Teil aus den unteren sozialen

Schichten zusammen. Das war ein wesentlicher Grund, dass die bürgerliche Oligarchie die Armee nicht genügend unter Kontrolle halten konnte. Der rechte Putsch vom 11. April 2002 konnte erfolgreich zurückgebunden werden, weil die Massenmobilisierung die Armee spaltete und neutralisierte.

◆ Aussenpolitischer Spielraum: Die führende kapitalistische Weltmacht, die USA, hat sich im nahen Osten festgebissen und dabei die Akzeptanz für militärische Eingriffe überspannt. Der politische und gesellschaftliche Widerstand gegen weitere Interventionen dürfte zur Zeit einen Grad erreichen, der die Optionen für offene gewaltsame Interventionen in Lateinamerika stark einschränkt (was nicht heisst, das es für alle Zeiten so bleiben wird).

3.

Dieser Spielraum entfaltet eine doppelte Wirkung. Auf der einen Seite ermöglicht er wesentliche, historisch zum Teil neuartige Prozesse:

◆ Förderprogramme (Misiones), die praktisch den ganzen Bereich der öffentlichen Dienste abdecken: Bildung, Gesundheit, Infrastruktur (Wasser und Wohnungsbau), Förderung von Genossenschaften, ökologische Landwirtschaft, Förderung von Frauen und Unterstützung allein erziehender Mütter, Unterstützung für Drogenabhängige, Volksmilizen. Die meisten dieser Programme stützen sich auf Organisationskomitees, die sich aus der Quartierbevölkerung bilden, und auf soziale Bewegungen.

◆ Die Entwicklung und Erprobung von Strukturen einer partizipativen Volksmacht (*democracia participativa y protagonista*). Diese Macht basiert auf den Misiones, auf Bewegungen in den Betrieben und auf den *Consejos comunales* (Quartierräte), in denen sich die Bevölkerung der Quartiere organisiert. Diese Räte ersetzen den alten Staatsapparat zunehmend.

◆ Die Weiterentwicklung der verschiedenen Formen politischer Demokratie. Die rechtsstaatliche Basis des venezuelanischen *Proceso* ist die bolivarianische Verfassung, die im Dezember 1999 von 86 Prozent der Stimmenden gutgeheissen worden war. Mit der neuen Verfassung wurden unter anderem direktdemokratische Rechte wie das Initiativ- und Referendumsrecht eingeführt, ferner die Möglichkeit, den Präsidenten nach der halben Amtszeit per Referendum abzuwählen. Während vor 1999 das Parlament die Verfassung in eigener Regie abändern konnte, müssen heute Verfassungsänderungen obligatorisch vors Volk. Diese Verfassung soll in einer Volksabstimmung im Dezember 2007 renoviert werden und neu eine sechste Staatsgewalt etablieren. Bereits verankert



sind die Legislative (Parlament), die Exekutive, die Judikative, die Wahlbehörde (die für die korrekte Durchführung von Wahlen und Abstimmungen zuständig ist) und die moralische Behörde (Verfassungsgericht und unabhängige Rechnungsprüfungskommission). Neu kommen die Räte der Volksmacht dazu: kommunale Räte, ArbeiterInnenräte, Studierendenräte und Bauernräte.

◆ Medienfreiheit und das Recht auf Meinungsäußerung: Wohl in noch keinem anderen Land der Welt wurde einer gewaltbereiten, an Putschen beteiligten Opposition und ihren Medien so viel Freiheit belassen wie in Venezuela. Die zwei wichtigsten privaten Fernsehstationen waren an der Organisation des rechten Putsches vom April 2002 nachweislich beteiligt und konnten ihre Tätigkeit dennoch weitgehend unbehelligt fortsetzen. Noch heute befindet sich eine Mehrheit der Fernseh- und Printmedien in den Händen der Opposition. Demgegenüber hat die Regierung neue Formen von pluralistischen Medien gefördert, die den vielfältigen sozialen und politischen Bewegungen des Proceso eine Stimme verleihen, so etwa den nationalen Fernsehsender Vive TV.

◆ Formen eines progressiven Internationalismus, insbesondere im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft ALBA, der Venezuela, Kuba, Bolivien und Nicaragua angehören. Auch Ecuador, Uruguay und viele der karibischen Inselstaaten interessieren dafür. Eine enge Kooperation besteht auch mit der Banco del Sur (Bank des Südens), die eine Alternative zur Weltbank ist und den armen Ländern einen Weg aus ihrer Abhängigkeit von IWF und Weltbank anbieten soll.

4.

Auf der andern Seite erlaubt der Spielraum auch viele Kompromisse und Zugeständnisse an die Interessen des internationalen Kapitals und an die Besitzenden und Privilegierten in Venezuela selbst. Ausgangspunkt des venezuelanischen Proceso war ursprünglich kein sozialistisches Projekt, sondern ein Projekt zur Stärkung einer eigenständigen und sozial ausgerichteten nationalen Entwicklung innerhalb eines gestärkten lateinamerikanischen Kontinents. Der Staatsapparat ist immer noch durchsetzt mit Tausenden von Beamten, die ihre Privilegien und ihre Machtnetze verteidigen. Der überwiegende Teil der Unternehmen befindet sich in privaten Händen, und nach wie vor werden beträchtliche Profite erzielt. Die Regierung balanciert zwischen widersprüchlichen Interessen, und dabei ist nicht immer klar, was dem Druck der verschiedenen sozialen Klassen und was der gezielten Rücksichtnahme auf die (internationalen) Kräfteverhältnisse geschuldet ist. Immer wieder

kommt es auch vor, dass soziale Bewegungen hingehalten oder gar unterdrückt werden.

5.

Der Proceso erscheint zwiespältig. Er kann sich in viele Richtungen entwickeln, und der Ausgang ist keineswegs gewiss. Möglicherweise wird er in ein national-bürgerliches Projekt zurückgebogen und verliert viele seiner emanzipatorischen Perspektiven. Möglicherweise nimmt er den Weg zu einem autoritären, bürokratisch-zentralistischen Regime, das auf der Basis einer staatlich verordneten Planwirtschaft operiert. Doch bislang hat sich der Prozess überwiegend in eine andere Richtung entwickelt und den breiten Bevölkerungsteilen zunehmend mehr Macht übertragen. Die Entwicklung dieser pluralen Volksmacht wird für die Zukunft Venezuelas ausschlaggebend sein. In dem Masse, wie die Bevölkerung die Geschicke in die eigenen Hände nimmt, wird sich der Proceso immer stärker verankern und schliesslich unumkehrbar werden.

6.

Als bislang besonders schwierig erweist sich der Kampf um Einfluss und Macht in den Kernbereichen der Wirtschaft. Wer soll die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA kontrollieren? Welche Rolle kommt den Gewerkschaften zu? Welche Löhne sind angemessen für die Erdölarbeiter? Nach welchen Eigentumsverhältnissen und Regeln sollen vergesellschaftete Betriebe geführt werden? Hier fehlen bis anhin überzeugende Antworten. Die dem Proceso zugewandte linke Gewerkschaftsbewegung ist in viele betriebliche und lokale Gewerkschaften zersplittert, auf politische Leaderfiguren bezogen, in ihrer Ausrichtung vielfach traditionalistisch und in mehrere Strömungen unterteilt. Die bisherigen Versuche betrieblicher Mitverwaltung (Cogestion) verliefen zwiespältig. Es fehlt ein überzeugendes Konzept für eine partizipative Demokratie in den Unternehmen und den Branchen. Doch ohne ein solches Konzept bleibt der Aufbau einer neuen Wirtschaft gehemmt. Hier liegt eine der Schlüsselaufgaben für die nächsten Jahre.

7.

Die internationale mediale Berichterstattung über Venezuela ist von Vorurteilen geprägt und wird stark von Kräften manipuliert, denen der venezuelanische Linkskurs ein Dorn im Auge ist. Auch in vielen linken Kreisen Europas trifft die Regierung Chávez auf beträchtliche Skepsis. Dabei dürften zwei Gründe eine wichtige Rolle spielen: Einerseits werden die Formen der politischen Kultur aus eurozentrischer Sicht beur-



teilt, die leicht in Überheblichkeit kippen kann, andererseits hat die Entwicklung so mancher scheinbar fortschrittlichen Regierung im 20. Jahrhundert herbe Enttäuschungen hinterlassen. Viele Linke wollen nicht noch einmal eine solche Enttäuschung erleben und lassen sich deshalb schon gar nicht auf eine vertiefte Auseinandersetzung mit Venezuela ein. Das ist bedauerlich. Denn bei all den bemerkenswerten Spielräumen ist klar, dass der venezuelanische Proceso – und auch jener in Bolivien und Ecuador – von interner und externer Sabotage bedroht ist. Die USA und andere westliche Regierungen (z.B. Spanien) waren nachweislich am Putsch von 2002 und an der Sabotage der Erdölförderung im Winter 2003 beteiligt. Bereits sind erste Versuche unternommen worden, bewaffnete Contras à la Nicaragua aufzubauen. Umso wichtiger ist der Schutz durch eine kritische, solidarische Begleitung in der Weltöffentlichkeit. Der Proceso braucht internationale Resonanz und Unterstützung, damit die Spielräume in Venezuela genutzt werden können, um ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit aufzuschlagen: das Kapitel der demokratisch-sozialistischen Überwindung des Kapitalismus.

**Dario Azzellini, Dieter Drüssel, Pascal Pfister, Barbara Rimml,
Beat Ringger, Hans Schäppi, Roland Sidler, Walter Suter, Tanja Walliser**